

Der Brunnenmeister von Paris

Wasser – ein Menschenrecht?

Der Entscheid der UN-Vollversammlung, die Programmplanung dieses Internationalen Jahrs 2013 für die Zusammenarbeit im Bereich des Wassers der Unesco anzuvertrauen, darf schon als eine klare Aussage verstanden werden. Bei der FAO oder bei der Welthandelsorganisation hätte das Programm anders ausgesehen. Der Zugang zum Wasser gehöre zu den Menschenrechten, sagte die Unesco-Generaldirektorin Irina Bokova bei der Eröffnung des International Year of Water Cooperation vor ein paar Tagen in Paris. Ist Wasser ein Menschenrecht wie die Meinungs- und Bewegungsfreiheit? Oder eher ein existenzielles Grundrecht der Menschen, wie (möglichst) saubere Luft? Die französische Redefassung nuanciert vorsichtig zwischen "Droit de l'homme" und "Droit humain". Jedenfalls öffnet dieses Jahr des Wassers gleich zu Beginn weitläufige Debattenräume.

Welch ein Pech, dass ausgerechnet in dem Moment ein Global Player dieses Bereichs, der französische Weltkonzern Veolia, in einen Ententeich fällt. Was sich am Donnerstagnachmittag in der 17. Strafkammer des Pariser Justizpalasts abspielte, sieht einer öffentlichen Selbstdemütigung seitens des Konzerns Veolia gleich.

Gegenstand der Prozessverhandlung war der Film "Water Makes Money" von den deutschen Dokumentarfilmern Leslie Franke und Herdolor Lorenz, der, durch eine Publikumssubskription finanziert, 2010 in gut hundert europäischen Städten zugleich anlief und seither schon mehrmals auf Arte ausgestrahlt wurde. Der im Film kritisierte Veolia-Konzern drängte seine deutsche Filiale, gegen die beiden Autoren Klage wegen übler Nachrede zu erheben, was Veolia-Deutschland aber ablehnte. So klagte die Konzernleitung gegen das, was sie in Frankreich zu fassen bekam: den Veolia-Mitarbeiter und virulenten Hauptzeugen im Film, Jean-Luc Touly, sowie die Vorsitzende des Vereins "La mare aux canards" (Der Ententeich), ein kleiner Kreis junger Freiwilliger, der Dokumentarfilme vertreibt und Diskussionsabende veranstaltet. Ein Milliarden-Konzern im Prozess gegen eine etwas verloren wirkende Dreißigjährige, die mit tausend Euro monatlich lebt – es entstand

der Eindruck, bei Veolia sei gerade die gesamte Kommunikationsabteilung ausgefallen.

Mafia-Sitten im Wasserhandel, eine Million Euro Schweigegeld? In Paris wird prozessiert

Mit Jean-Luc Touly ist es eine andere Geschichte: Dieser äußerst redegewandte Kämpfer gegen die Privatisierung der Wasserversorgung rund um die Welt ist dankbar für jede Tribüne, im Gerichtssaal wie in den Medien. Seit bald vierzig Jahren arbeitet er als Kaderangestellter bei Veolia und deren Vorgängerfirmen, schrieb mehrere kritische Bücher gegen den Handel mit dem Wasser, wurde 2006 von Veolia entlassen, musste 2010 aufgrund eines Gerichtsurteils wieder eingestellt werden und arbeitet seither bei Veolia als Brunnenmeister für die Pariser Fontänen - von denen er allerdings, wie er selber zugibt, noch nie eine sich näher angesehen hat, außer auf Spaziergängen.

Verklagt wurde er nun, weil er im Film behauptet, von Veolia eine Million Euro Schweigegeld angeboten bekommen zu haben, und weil er von Korruption und Mafia-Sitten im Handel mit dem Wasser spricht. Diesem gilt sein leidenschaftlicher Kampf und er ist Thema des Films. Gezeigt wird dort, wie seit den Achtzigerjahren die verschuldeten Städte weltweit ihre Wasserversorgung und Entsorgung an Privatunternehmen veräußert haben. Man nennt das Public-Private-Partnership. Spezialunternehmen verstünden sich mit ihrer Fachkompetenz und ihrem professionellen Management besser darauf, hieß es. Die französischen Konzerne Veolia, ehemals Vivendi, ehemals Générale des Eaux, oder Suez, ehemals Lyonnaise des Eaux, waren dank einer aufs 19. Jahrhundert zurückgehenden Tradition des öffentlich-privaten Mischbetriebs früh international in Führung gegangen. Sie haben heute 80 Prozent der französischen Wasserversorgung in ihrer Hand. Die Privatisierung machte sich aber auch in Deutschland breit. In Berlin sind 1999 aufgrund von diskret ausgehandelten Verträgen Veolia und die deutsche RWE mit einem

Anteil von 49,9 Prozent in die Wasserbetriebe geholt worden. Als Beispiel einer Stadt, die sich strikt gegen diese Tendenz gewehrt und die Wasserversorgung in Eigenregie behalten hat, wird im Film "Water Makes Money" die Stadt München präsentiert.

Statt der erhofften Kostensparung durch ein effizientes Privatmanagement gingen aber in zahlreichen Städten die Wasserrechnungen für die Haushalte massiv nach oben, ohne dass deshalb die Wasserqualität und das Leitungssystem sichtlich besser wurden, im Gegenteil. Auf die Euphorie der Stadtväter folgte die Ernüchterung. Manche Städte forderten von den Privatbetreibern die kassierten Überschüsse zurück, andere Städte nahmen das Heft der Wasserversorgung wieder an sich. Nach einem vor zwei Jahren in Berlin per Volksentscheid erzwungenen Offenlegungsgesetz für die 1999 abgeschlossenen Verträge hat RWE seinen Anteil an den Wassermetrieben wieder verkauft und auch Veolia scheint die Freude am Standort Berlin verloren zu haben. Auch die Stadt Paris ist nach einem Vierteljahrhundert privaten Wassermanagements durch Veolia und Suez vor drei Jahren mit "Eau de Paris" wieder zur öffentlichen Wasserversorgung zurückgekehrt.

Der große Traum des Liberalismus sei es gewesen, das Wasser zu "entpolitisieren" und zum bloßen Konsumgut zu machen, schreibt der Schriftsteller Erik Orsenna von der Académie Française in seinem Buch "Die Zukunft des Wassers". Das war seiner Ansicht nach ein schwerer Denkfehler, denn Wasser sei so wenig ein reines Konsumprodukt, wie es ein reines Naturprodukt sei. Die Anhänger der öffentlichen wie jene der privaten Versorgung können sich zumindest darauf einigen, dass reines Trinkwasser technisches Fachwissen und eine Industrie voraussetzt. Was das kosten darf, wie viel Chlor ihm beigemischt werden soll, welche vorsorglichen Maßnahmen gegen Verschwendung und Verschmutzung zu ergreifen sind - in all diesen Fragen möchten die wachsam gewordenen Verbraucher und Staatsbürger mitreden.

Wenn das Wasser eine politische Sache ist, dann müssen die Bürger auch selber entscheiden können, wie sie mit ihm umgehen möchten, nach einem öffentlichen oder einem privatrechtlichen Modell. Dies gerade wird durch eine EU-Richtlinie über Konzessionsvergaben in den Bereichen Energie, Verkehr, Wasser und Postdienste infrage

gestellt. Sie will für diese Bereiche generell freie Konzessionsausschreibungen verordnen. Eine europaweit lancierte Bürgerinitiative sucht per Internet-Petition bis zum Herbst zwei Millionen Unterschriften zusammenzubringen und so das Europäische Parlament zu zwingen, sich mit der Frage zu befassen.

Offenlegung der Verträge und Haushaltsbücher, freie und ausgewogene Debatten sind Grundvoraussetzungen des demokratischen Lebens. Meldet sich dagegen Widerstand, ist der – berechnete oder unberechnete – Verdacht auf Korruption unvermeidlich. Im Unterschied zum Konkurrenzkonzern Suez, dessen Sprecherin im Film "Water Makes Money" zu Wort kommt und dessen Vertreter auf öffentlichen Debatten mitstreiten, verweigerte Veolia jede Beteiligung am engagierten, aber mit nachprüfbaren Fakten arbeitenden Film. Ob der Pariser Brunnenmeister Touly und die Vereinspräsidentin vom Ententeich den einen Euro zahlen müssen, den Veolia als Schadenersatz verlangt, wird das auf den 28. März angesetzte Gerichtsurteil entscheiden. Wie viel er dem Konzern brächte, steht heute schon fest.

JOSEPH HANIMANN